

Langfristige ökonomische Projektionen

Politischer Mehrwert oder Kaffeesudleserei?

Tobias Orischnig

Erwartungen treffen oft nicht ein. 1999 konnte niemand vorhersehen, dass die Dotcom-Blase platzen wird – zumindest nicht, wann. 2007 konnte niemand wissenschaftlich fundiert eine Weltwirtschaftskrise und deren Auswirkungen projizieren. Auch heute lassen sich daher nur schwer fundierte Aussagen über die Zukunft machen. Sind daher ökonomische Langfristprojektionen nur Kaffeesudleserei oder haben sie doch einen Nutzen? Dieser Artikel soll den Stand der Dinge von Langfristprognosen in der EU und in Österreich darstellen und einen kleinen Beitrag dazu leisten, ihre Aussagen klarer zu interpretieren.

Auch wenn wir wie Keynes meinte, langfristig alle tot sein werden, so macht es doch Sinn, sich Gedanken über die Zukunft zu machen. Auch wenn wir nicht die nächste Wirtschaftskrise voraussehen können (zumindest nicht, wann sie passieren wird und welche zerstörerischen Effekte sie diesmal haben wird), so lassen sich doch Trends und Entwicklungen aus der Vergangenheit feststellen, die auch Auswirkungen auf die Zukunft haben werden. Wie diese Trends gemessen werden, ist wiederum Teil heftigster wissenschaftlicher Diskussion. Nichtsdestotrotz ist es oft einfacher vorherzusehen, dass es im Frühjahr nach einem langen Winter wieder wärmer werden wird als das Wetter von nächster Woche zu prognostizieren. Der Trend der Jahreszeiten oder des Klimas ist stabiler als das Wetter über Österreich. Und auch solche längerfristigen Trends lassen sich im Bereich der Wirtschaftswissenschaften aus Vergangenheitswerten ableiten. Natürlich kann man auch nicht nur aus Vergangenheitswerten in die Zukunft schauen – wer würde schon ein Auto ohne Blick nach vorne nur mit dem Rückspiegel steuern wollen? Daher muss der heutige (rechtliche, politische, soziale,...) Status-quo ebenfalls mit betrachtet werden (in der Literatur dann als »no policy change« Annahmen bezeichnet). Mithilfe der Vergangenheit *und* der Gegenwart lässt sich also etwas mehr über die Zukunft sagen.

Um öffentliche Haushalte nicht nur in einer kurzzeitigen Einjahressicht verweilen zu lassen, sondern auch mittel- und langfristige Perspektiven ins Budgets zu bringen, wurden in den letzten Jahren Mittel und Wege gefunden und implementiert, die genau diese Perspektiven eröffnen sollen: In Österreich wurde 2009 ein Bundesfinanzrahmen eingeführt, der zumindest für das Bundesbudget einen 4-jährigen Planungshorizont vorgibt. Im neuen Bundeshausaltsgesetz wird dieser mittelfristige Blickwinkel um eine 30-jährige budgetäre Langfristprognose erweitert, die vor allem basierend auf demografischen Entwicklungen versucht, budgetäre Trends aufzuzeigen (vgl. Schiman/Orischnig (2012)). Und auch auf EU-Ebene wird versucht, diese Trends bis 2060 fortzuschreiben.

Seit dem EU-Rat von Stockholm im Jahr 2001 simuliert die Europäische Kommission in gewissen Abständen die langfristige Entwicklung öffentlicher Finanzen in ihren Mitgliedsstaaten. Der aktuelle »Ageing Report 2012« (European Commis-

sion (2012)) aber auch der etwas umfassendere »Fiscal Sustainability Report 2012« (European Commission (2012a)) betrachten dabei die möglichen Entwicklungen demografieabhängiger öffentlicher Ausgabenbereiche wie Pensionen, Gesundheits- und Pflegeausgaben, Bildungsausgaben oder Ausgaben für Arbeitslosigkeit. Die Ergebnisse für Österreich lassen sich in einer Tabelle am besten darstellen:

Tabelle 1: Entwicklung demografieabhängiger öffentlicher Aufgabenbereiche für Österreich

Ausgabenbereiche	Geschätzte Ausgaben 2060 in % des BIP	Vergleichswerte für das Jahr 2010 in % des BIP
Pensionen – höchstes Szenario (niedrige Migration)	16,5	14,1
Pensionen – niedrigstes Szenario (höhere Beschäftigung generell und für Ältere)	15,4	
Gesundheit – höchstes Szenario (starker Anstieg nicht-demografischer Kosten)	10,8	7,4
Gesundheit – niedrigstes Szenario (zusätzliche Lebenserwartung wird in Gesundheit verbracht)	8,3	
Langzeitpflege – höchstes Szenario (Angleichung der Pflegeausgaben)	4,1	1,6
Langzeitpflege – niedrigstes Szenario (zusätzliche Lebenserwartung wird ohne Pflege verbracht)	2,7	
Bildung – höchstes Szenario (Volle Umsetzung der EU2020-Strategie)	5,3	4,9
Bildung – niedrigstes Szenario (Basisszenario)	4,5	
Arbeitslosigkeit	0,7	0,8

Quelle: European Commission (2012), Seite 436f.

Addiert man jeweils die hohen und niedrigen Szenarien der einzelnen öffentlichen Ausgabenkategorien, so erhält man eine Bandbreite der Sensitivitätsanalysen von 31,6% bis 37,4% des BIP. Zum Basisjahr 2010 (28,8% des BIP) bedeutet das einen Anstieg zwischen 2,8 und 8,6 Prozentpunkten (oder zwischen 9,7% und 29,9%). Der generelle Trend geht also in diesen Projektionen in Richtung höherer Ausgaben, die unterschiedlichen Szenarien weichen aber doch relativ stark voneinander ab, was eine eindeutige Grundaussage natürlich erschwert, aber immerhin ein Tendenz an gibt: Die gesamten öffentlichen Ausgaben in diesen Bereichen werden aufgrund des demografischen Wandels steigen – die soll nun für die einzelnen Ausgabenbereiche gezeigt werden:

Der *Ageing Report 2012* gibt auch Auskunft über die einzelnen Variablen, die diese Ausgaben beeinflussen. Sieht man sich etwa die Ergebnisse für die **Pensionen** genauer an, dann lässt sich methodisch aufschlüsseln, durch welche Faktoren der Anstieg hervorgerufen wird. Im Basisszenario für Österreich geht die Europäische Kommission von einem Anstieg der öffentlichen Pensionsausgaben¹ von 14,1% des

BIP 2010 auf 16,1%² des BIP 2060 aus (vgl. European Commission (2012), p. 117). Dabei beeinflusst vor allem die demografische Abhängigkeitsquote³ (Zahl der Über-65-Jährigen im Verhältnis zur Anzahl der Personen im arbeitsfähigen Alter von 20 – 64 Jahre) das Ergebnis stark nach oben, wohingegen andere Faktoren – allen voran die Einkommensersatzraten (also das Verhältnis einer Durchschnittspension zum Durchschnittsgehalt) – das Ergebnis nach unten drücken: Die Europäische Kommission geht davon aus, dass in Österreich durch die bereits beschlossenen Pensionsreformen der letzten Jahre (Verschärfungen der Frühpension, verlängerte Durchrechnungszeiträume, ...) die Einkommensersatzrate um 16% im Jahr 2060 im Vergleich zum Basisjahr zurück gehen wird, die Nettoersatzrate (also die durchschnittliche Erstpension im Verhältnis zum Durchschnittsgehalt) sogar um 22% (EC (2012), p. 129). Die österreichische Pensionskommission geht sogar von einem Rückgang der Ersatzrate von über 29% im Vergleich von 2010 mit 2060 aus (Kommission zur langfristigen Pensionssicherung (2010), S. 115, Tabelle 29; Eigenberechnung). Das macht deutlich, dass das heutige Pensionssystem bereits als Antwort auf den demografischen Wandel derart verändert wurde, dass der Anstieg aus Sicht der öffentlichen Finanzen nicht mehr enorm ist, die individuellen Pensionen aber in Zukunft deutlich geringer ausfallen werden. Das Risiko wurde also vom Staat auf die Individuen abgewälzt – mit welchen Ergebnissen auf die Altersarmut wird sich zeigen. Langfristig gesehen ist die aktuell noch weit verbreitete Meinung, das Pensionsantrittsalter müsse an die Lebenserwartung geknüpft werden, nichts mehr als der Versuch, eine Verteilungsdebatte gar nicht erst aufkommen zu lassen und durch schein-objektive technische Lösungen zu umgehen. Um ein Pensionssystem als gesellschaftliches Versicherungssystem aufrecht zu erhalten, muss auch die Beitrags- bzw. Einnahmenseite betrachtet werden. Eine statische **Koppelung des Pensionsantritts** mit der durchschnittlichen Lebenserwartung oder eine völlige **Individualisierung** der Beitragsleistungen lösen die Verteilungsfrage nicht. Aufgrund des steigenden Wohlstands unserer Gesellschaft und der immer größere werdenden Arbeitslosigkeit sollte vielmehr versucht werden, die durchschnittliche Lebensarbeitszeit zu senken und die bezahlte Erwerbsarbeit gerechter zu verteilen. Dadurch wäre auch das qualitative Wachstum einer Gesellschaft durch gerechtere Verteilung im Gegensatz zu einem rein quantitativen Wachstum gesichert, was wiederum die Einnahmenseite stärken würde.

Als weiterer wichtiger Ausgabenbereich, der vom demografischen Wandel beeinflusst werden wird, ist im *Ageing Report 2012* der Bereich der **Gesundheitsausgaben** behandelt. Diese steigen im Basisszenario für Österreich von 2010 7,4% des BIP auf 9,0% im Jahr 2060. Die Bandbreite dabei ist aber wie oben beschrieben recht hoch, da hier zusätzlich zu den demografischen Annahmen der Bevölkerungsprojektionen noch andere Annahmen getroffen werden müssen: Wie verhalten sich die Preise für Medikamente und medizinische Geräte? Steigt die Nachfrage nach Gesundheitsdienstleistungen mit dem wachsenden Einkommen der Bevölkerung ebenfalls an? Führt die längere Lebenserwartung zu mehr Krankheit und daher zu höheren Ausgaben? Wie wird in Zukunft die Gesundheitsversorgung organisiert sein? Im Gesundheitsbereich haben vor allem die Annahmen über diese nicht-demografischen Kosten und die Lebenserwartung in Gesundheit starke Auswirkungen auf die Ergebnisse. Daher sind die Trends in dieser Ausgabenkategorie noch viel schwieriger zu interpretieren als bei den Pensionen, da nicht nur der demografische

Wandel Einfluss auf die Ergebnisse hat. Es lässt sich aber durchaus sagen, dass die Nachfrage von älteren Menschen nach Gesundheitsleistungen höher ist als die der Jüngeren. Dadurch wird ein Anstieg der Ausgaben in diesem Bereich nur schwer zu verhindern sein, wenn man nicht Leistungen kürzen will. Durch die Vielzahl der Annahmen gehen aber die Ergebnisse von Gesundheitsausgabenprojektionen in sehr unterschiedliche Richtungen und sind daher stark getrieben von den getroffenen Grundannahmen.

Nicht aufgenommen wurden in den *Ageing Report* und auch den *Fiscal Sustainability Report 2012* aber die Ergebnisse der Diskussionen rund um den Gesundheitsausgabendämpfungspfad sowie die letzten Veränderungen im Pensionssystem, die die Ergebnisse noch nach unten drücken würden. Dies ist eine generelle zeitliche Dynamik solcher Berichte, die oft negative Effekte hervorruft: Dadurch, dass die Arbeiten zu so umfassenden Berichten mehr als ein Jahr dauern können, erscheinen Berichte oft mit veralteten Daten und daher auch mit veralteten Politikratschlägen. Es sollte also bei der Analyse immer darauf geachtet werden, wann und mit welchem Datenstand solche Berichte entstehen bzw. publiziert werden!

Weitere wichtige **Ausgabenbereiche**, für die im *Ageing Report 2012* Projektionen vorhanden sind, sind Langzeitpflege, Bildung und Ausgaben für Arbeitslosigkeit, die mit unterschiedlichen Annahmen und Berechnungen fortgeschrieben werden. Im Bereich der Langzeitpflege ist mit einem starken Anstieg der öffentlichen Ausgaben in Österreich – allerdings von einem sehr niedrigen Niveau aus – zu rechnen, da die Annahme getroffen wurde, dass Pflege in Zukunft immer mehr professionalisiert werden wird und aus dem informellen – meist familiären – Bereich in den öffentlichen wandert. Durch diese Professionalisierung steigen die öffentlichen Ausgaben, während andererseits die Erwerbstätigkeit von Frauen durch verminderte informelle (und meist unbezahlte Pflege daheim) steigen und so mit positiven gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen gerechnet werden kann. Im Bildungsbereich wiederum wird die relative Zahl der Menschen in Ausbildung zwar zurückgehen, aber durch bessere Betreuungsverhältnisse werden die Ausgaben nicht stark sinken.

Der *Ageing Report* und die *Ageing Working Group*, die den Bericht inhaltlich bzw. wissenschaftlich vorbereitet, versuchen mit diesen Arbeiten ein einigermaßen vergleichbares EU-weites analytisches Instrument zu erstellen, das einerseits die Unterschiede in den Systemen der Mitgliedstaaten anerkennt, andererseits die Methodik der Projektion möglichst klar darstellt und daher auch nachvollziehbar macht. Um dies zu gewährleisten, finden in der *Ageing Working Group* regelmäßig *Peer Reviews* statt, in denen die Pensionssysteme der einzelnen Länder analysiert und die Art der Projektionen diskutiert werden (vgl. Haberfellner et al. (2009)). Dadurch sind die Daten aus den unterschiedlichen Ländern zwar immer noch schwer vergleichbar, da sich die Systeme doch sehr unterscheiden, aber zumindest werden gewisse generelle Annahmen getestet und offen diskutiert. Die gesamtwirtschaftlichen Annahmen haben aber einen großen Einfluss auf die Ergebnisse dieser Projektionen: Der Zinssatz etwa beeinflusst wesentlich die Kosten für Schuldentilgungen, was zum Beispiel unter der Annahme hoher Schuldenstände zu einem sich gegenseitig verstärkenden Zinseszinsseffekt führen kann, der die öffentlichen Ausgaben in Modellprojektionen nach oben schießen lässt. Durch nur kleine Parameteränderungen in den Grundannahmen kann es zu großen Veränderungen in den Ergebnissen kommen. Ebenso entscheidend und einflussreich auf die Endergebnisse ist das Basisjahr, in dem die

Projektionen beginnen. Alle diese Faktoren und Annahmen machen die Interpretation der Ergebnisse für Werte im Jahr 2060 sehr, sehr schwer – sie sollten daher auch nicht überbewertet werden.

Auch in **Österreich** beschäftigen sich verschiedene Institutionen mit der Projektion von demografieabhängigen Ausgaben, etwa die Kommission zur langfristigen Pensionssicherung (vgl. etwa Stefanits/Freitag (2012)). Neu hinzu kommt im neuen Bundeshaushaltsgesetz ein Bericht des Finanzministeriums, in dem relevante Ausgabenbereiche bis 2050 projiziert werden. Dieser Bericht wird gemeinsam mit dem Bundesfinanzrahmen erstellt werden und umfasst – in Anlehnung an den *Ageing Report 2012* aber auch an weitere internationale Beispiele – unter anderem die Ausgaben für Pensionen, Gesundheit, Pflege, Bildung und Familien. Die Projektionen werden in einem makroökonomischen Modell erstellt, das vom WIFO betreut wird (vgl. Schiman/Orischnig (2012)). Die einzelnen Ausgabenbereiche werden mit unterschiedlichen Methoden und unter den oben beschriebenen Annahmen des *no policy change* projiziert.

Aus diesen Modellen ist ganz klar ein Fokus auf **gewisse Ausgabenbereiche** abzuleiten. Eine reine Analyse der Ausgabenbereiche gibt zwar eine gute Basis für eine politische Diskussion, doch sollte der Fokus mehr auf die möglichen Handlungsoptionen gelegt werden. Diese liegen nicht nur im Ausgabenbereich: Ein wichtiger Input für die hier dargestellten Modelle sind die Annahmen über Beschäftigung und daraus auch abgeleitet über Wachstum. Daher sollte dieser Aspekt in der Analyse nicht untergehen: demografische Abhängigkeitsquoten (also die Anzahl der Leute in einem gewissen Alter, in dem davon ausgegangen wird, dass keiner Erwerbsarbeit mehr nachgegangen wird im Verhältnis zu denen in arbeitsfähigem Alter) sagen noch nichts darüber aus, wie viele der arbeitsfähigen Menschen wirklich arbeiten (können). Arbeitslosigkeit, unerwünschte Teilzeitarbeit, geringes Lohnniveau und Lohnwachstum, schlecht bezahlte Jobs und Praktika etc. mindern die Möglichkeiten zur Beitragsleistung in das Pensions- und Steuersystem. Der Fokus sollte daher auf den ökonomischen Abhängigkeitsquoten liegen, die die nicht arbeitende Bevölkerung ins Verhältnis zur Arbeitenden setzt. Dadurch werden andere Stellschrauben, um diese Quote zu verbessern, ins Licht gerückt: u. a. Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, bessere Bezahlung, höhere Erwerbsquoten für Frauen und Jugendliche, bessere Invaliditätsprävention, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Schaffung altersgerechter Arbeitsplätze (vgl. Wöss (2011), S. 316). Nur ein ganzheitlicher Blick auf Ausgaben und Einnahmen kann unser Pensionssystem langfristig sichern – eine Änderung des Systems (etwa auf Kapitaldeckung⁴ – was aber durch die aktuelle Wirtschaftskrise und deren negative Auswirkungen auf kapitalbasierte Pensionssystemen ohnehin kein Thema mehr ist) oder immer neue »Reformen« verunsichern nur, ohne den Fokus auf relevante veränderbare Kenngrößen zu lenken. Auch eine alternde Bevölkerung kann durch ein kapitalgedecktes Pensionssystem nicht jünger gemacht werden – die Grundproblematik bleibt dabei also unbehandelt.

Welche **Aussagen** lassen sich also mit solchen Modellen überhaupt treffen? Im Grunde genommen kann man nur gewisse Tendenzen abschätzen: Unter der sehr großen Annahme, dass man den heutigen Status-quo ohne Veränderung (also ohne kommende Wirtschaftskrisen, technologische Umbrüche oder andere strukturelle Veränderungen der Wirtschaft und Gesellschaft) in die Zukunft fortschreibt, lassen sich die oben beschriebenen Problemfelder (Pensionsausgaben, Gesundheitswesen,

Professionalisierung von Pflege, Arbeitslosigkeit, Beschäftigung von Frauen, Jugendlichen) erkennen. Diese Problemfelder können dann als Anstoß für eine bewusster Diskussion genutzt werden. Vor allem in Anbetracht der normativen Vorgaben, die in Österreich etwa durch die Schuldenbremsen oder den Gesundheitsausgabendämpfungspfad gesetzlich vorgeschrieben wurden, ist ein solches Analyseinstrument auf jeden Fall relevant. Aber die Debatte sollte dabei auch die Einnahmenseite, die in der aktuellen Spardebatte oft außen vor gelassen wird, beinhalten: Natürlich müssen die langfristigen Herausforderungen durch den demografischen Wandel oder auch durch die Banken Krisen nicht unbedingt nur ausgabenseitige eingespart werden, sondern es könnten auch höhere Einnahmen zu gleichen (oder vielleicht sogar besseren) Ergebnissen führen. Etwa die großen Vermögen in Österreich und deren ungleiche Verteilung bzw. deren niedrige Besteuerung stellen einen Quell von Inspirationen zur Konsolidierung öffentlicher Haushalte dar (vgl. dazu etwa die Ergebnisse von Fessler et al. (2012) zur Vermögenssituation in Österreich).

Aber die Interpretation der Ergebnisse wird immer auch von **verschiedenen Interessen** geleitet: Es findet gerade in diesem Bereich auch ein Verteilungskampf statt, der aber nicht unbedingt zwischen den Generationen, sondern sich vielmehr hier und jetzt manifestiert: fatalistische, negative Szenarien werden vor allem von denen genutzt, die heute ausgabenseitig sparen wollen. Unbedarfte, ignorierende Szenarien hingegen geben aber wirtschaftspolitische Instrumentarien aus der Hand, um unser Wirtschaftssystem insgesamt stabiler werden zu lassen. Weiters kann auch nichts außer ein demokratischer Prozess ein optimales Niveau von Ausgaben in verschiedenen Bereichen festlegen: Sind 16,5% am BIP öffentliche Ausgaben für Pensionen im Jahr 2060 in Österreich zu viel oder zu wenig? Auch wenn gerade der *Fiscal Sustainability Report* von einem gewissen Risiko für Österreich durch die hohen Ausgaben spricht, so kann nicht extern »wissenschaftlich« festgelegt werden, was zu viel oder zu wenig ist – diese Entscheidung muss auf demokratischem Wege im Parlament beschlossen werden.

Was ist also der **politische Mehrwert** solcher Übungen bzw. solcher Projektion? Einerseits eine fundierte bzw. begründete Vermutung (von Randers (2012) als »*educated guess*« bezeichnet) über die Ausgaben in der Zukunft aufzustellen und sich in der Debatte nicht nur auf abstrakte Ideen, sondern auf Zahlenmaterial stützen zu können. Demografische Trends (steigende Lebenserwartung, relativ niedrige Fertilität) lassen sich nämlich mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit mit Auswirkungen auf die Zukunft schon heute bestimmen (lässt man mal die ungenauen und meist normativen Annahmen über die Migration außer Acht). Andererseits ist aber auch die Tatsache alleine, dass man über eine Legislaturperiode hinaus zu denken beginnt und sich zumindest über mögliche Varianten der Zukunft Gedanken macht, eine Abkehr vom derzeitigen kurzfristigen und rein betriebswirtschaftlichen Denken in der Wirtschaftspolitik. Alles in allem also durchaus politisch mehr wert als reine Kaffeesudleserei.

Literatur

- European Commission (2012) »The 2012 Ageing Report – Economic and budgetary projections for the 27 EU Member States (2010-2060)«. European Economy 2/2012, European Commission.
- European Commission (2012a) »Fiscal Sustainability Report 2012«. European Economy 8/2012, European Commission.
- Fessler, Pirmin/ Mooslechner, Peter/ Schürz, Martin (2012) »Household Finance and Consumption Survey des Eurosystems 2010 – Erste Ergebnisse für Österreich.« In: Geldpolitik und Wirtschaft, Q3/2012, Wien, Österreich.
- Haberfellner, Caroline/ Part, Peter/ Stefanits, Johann/ Freitag, Roman/ Lenzlbauer, Werner (2009) »Austrian pension projections for 2007–2060«; BMF Working Paper 1/2009, Bundesministerium für Finanzen, Wien, Österreich.
- Kommission zur langfristigen Pensionsversicherung (2010) »Bericht über die langfristige Entwicklung der gesetzlichen Pensionsversicherung für den Zeitraum 2009 bis 2060«. September 2010, Wien, Österreich.
- Randers, Jorgen (2012) »2052 – A Global Forecast for the Next Forty Years, A report to the Club of Rome commemorating the 40th anniversary of »The Limits to Growth«. Chelsea Green Publishing, White River Junction, Vermont, USA.
- Schiman, Stefan/ Orischnig, Tobias (2012) »Coping with Potential Impacts of Ageing on Public Finances in Austria – The Demography-based Economic Long-Term Model for Austria's Public Finances (DELTA-BUDGET) – Assumption Report«. Working Paper 1/2012, Bundesministerium für Finanzen, Wien.
- Stefanits, Johann und Freitag, Roman (2012) »Bericht über die langfristige Entwicklung der gesetzlichen Pensionsversicherung für den Zeitraum 2010 bis 2060 auf Basis von EU-Annahmen«, Teil 1; Wien, April 2012.
- Wöss, Josef (2011) »Der demographische Wandel und seine Interpretieren«, in: »Zukunft gestalten – Visionen denken. Festschrift »90 Jahre AK«, Wien, 2011.

Anmerkungen

- 1 Es werden hier rein die öffentlichen Ausgaben für Pensionen betrachtet, nicht die privaten (Zusatz-)Pensionen. Das macht die Ergebnisse zwischen den Mitgliedstaaten der EU nur schwer vergleichbar, da die Systeme in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich aufgebaut sind: Die Vergleichbarkeit der Systeme wäre zwar eine der Aufgaben des Berichts, nur kann dieses Ziel nicht erreicht werden. Auch die Unterscheidung, welcher Teil der öffentlichen Ausgaben aus Steuern und welcher aus Beiträgen finanziert wird, wird hier nicht getroffen, was daher auch keine Aussagen über die Verteilung der Kosten zulässt.
- 2 Die Angabe von projizierten Werten im Jahr 2050 auf Kommastellen genau gibt eine Scheingenauigkeit an, die natürlich nicht den möglichen Bandbreiten und Unwahrscheinlichkeiten der Ergebnisse gerecht wird.
- 3 Zur Diskussion und Unterscheidung zwischen demografischen und ökonomischen Abhängigkeitsquoten später in diesem Artikel bzw. Wöss (2011)
- 4 Auf die negativen Auswirkungen der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise auf kapitalbasierte Pensionssysteme und deren Nachteile im Allgemeinen (Abhängigkeit vom Kapitalmarkt; Finanzialisierung) kann hier leider nicht näher eingegangen werden.

Debattenforum: Geldpolitik in der Krise